

damit auch nicht sich selbst, wenn er es mit einem Vergangenheitsverständnis ernst meint. Das angestrebte Vergangenheitsverständnis hat keine Alternative in einer »Abrechnung.« In diesem Sinne sehe ich auch in den heutigen veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen eine Chance von historischer Bedeutung.

Zur DDR-Geschichte ist ein solcher Abstand gewonnen, über Fehler und unheilvolle Irrtümer, über Macht und Machtmißbrauch und Verbrechen, über die bewußte Installierung von Unterdrückungsstrukturen, über Mißachtung von Menschenrechten und über die unterschiedlichen Formen der Beteiligung an diesen Strukturen nachzudenken ohne die Unterstellung, daß all diese menschenverachtenden Verhaltensweisen erst mit der Gründung des Ministerium für Staatssicherheit in der DDR in die Welt gekommen sind.

Diese historische Überlegung sollte am Anfang eines Vergangenheitsverständnisses stehen, um für die Zukunft zu lernen.

Jedoch, das Nachdenken über Werte und Perspektiven des Gesellschaftsprogramms Sozialismus steht nicht mehr im Zusammenhang mit einer Reformierung der DDR, sondern ist bezogen auf die veränderten Lebenswerte und Lebensperspektiven unter den gewendeten politischen Verhältnissen.

Nach 5 Jahren der Debatte, ob und wie die Vergangenheit aufzuarbeiten sei, ist die Suche nach wirklichen Lehren aus dieser Vergangenheit, so mein Eindruck, kein allgemeines Anliegen mehr. Die Aufarbeitung hat ihren Schwerpunkt auf Forderungen nach juristischer Ahndung gesetzt. Sogar

das im Einigungsvertrag von Vertretern beider Staaten ausgehandelte Rückwirkungsverbot wird einseitig von der Regierung aufgekündigt, selbst auf das Risiko hin, daß ihre Intentionen zur Wiedervereinigung unglaubwürdig werden.

Die politisch-moralische Aufarbeitung wird einseitig vollzogen, jedes wie auch immer begründete Engagement in der ehemaligen DDR wird als charakterlich schlechte »Staatsnähe« gekennzeichnet. Von »oben« werden großzügige Angebote der Versöhnung und der Vergebung von »Schuld« gereicht. Offensichtlich jedoch haben diese Angebote weder allgemeine Bedeutung, noch haben sie zu einem befriedigenden Verhältnis zur Vergangenheit geführt.

Die immer wieder als »SED-Nachfolgepartei« zitierte PDS hat ein Schlußgesetz (keine Amnestie) vorgeschlagen, das die Interessen der Betroffenen in der Weise wahren soll, daß diese nicht lediglich in die Rolle reumütiger Sünder gedrängt werden.

Ich glaube, das sich hier das Grundproblem zuspitzt

Die Beschuldigten ringen um die Anerkennung und Respektierung ihrer für das Engagement in der DDR handlungsleitenden Überzeugungen, die das Ergebnis von Erfahrungen aus deutscher Geschichte, aus Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg waren oder besser sein sollten.

Diese Lehren und Erfahrungen aber wurden machtpolitisch mißbraucht. Wir wissen heute: Diese sozialistischen Überzeugungen als weltweite Hoffnung – sie haben sich nicht durchgesetzt. Sie hatten ihre mögliche